

Bgm. Reumann an den argentinischen Gesandten. Anlässlich des neuerlichen Erdbebens hat Bgm. Reumann an den argentinischen Gesandten Dr. Peret nachstehendes Schreiben gerichtet: Mit aufrichtiger Trauer und Bestürzung erfüllt mich die Botschaft von einer neuerlichen großen Erdbebenkatastrophe, welche das Land Argentinien heimgesucht hat. Euer Exzellenz bringe ich die Gefühle herzlichster Anteilnahme der gesamten Bevölkerung Wiens an dem schweren Unglück erneut zum Ausdruck, das ein Land betroffen hat, dessen großzügige und hochherzige Hilfe die Wiener für immer verpflichtet und sie an den Schicksalen der großen Republik besonders teilnehmen lässt. Ich bedaure aufrichtig, daß es der Stadt Wien bei ihrer bekannten wirtschaftlichen Lage nicht möglich ist, so wie in früheren Zeiten bei Unglücksfällen im Auslande, durch werktätige Hilfeleistung zur Linderung der Not der Betroffenen beizutragen

WIENER GEMEINDERAT.

Sitzung, vom 7. Jänner 1921.

Bgm. Reumann eröffnet die Sitzung.

GR. Karl Winter (Soz. Dem.) hat auf sein Landat abgelehnt und als Ersatzmann wurde GR. Josef Beisser einberufen, der die Angelegenheit leistet.

Gespendet haben: Die Familie nach dem verstorbenen Herrn Leopold Hauser, Wien, II., durch die Neue Freie Presse für hungernde und frierende Wiener Kinder 50.000 K.

Aleis Lemberger, Wien, I., durch die Neue Freie Presse für hungernde und frierende Kinder 20.000 K.

Camilho Castigliano, III., für die städtischen Kindergärten 50.000 K.

Die Vereinigten Deutsch-amerikanischen Gesellschaften von Yenkers für die allerbedürftigsten Armen Wiens 31.250 K.

Emilie Wehmeier in St. Charles als Notstandspende 13.750 K.

Josef Ruedi in Maihof Luzern für bedürftige Wiener Kinder 2000 K.

Margarete Geomen-Waldek, Wien, XIII., für verschiedene Wohltätigkeitszwecke bzw. Wohltätigkeitsanstalten 5000 K.

Firma Meriz Pellak, Wien, XIII., für Arme des 13. Bezirkes 1000 K.

Für arme Kinder des XVII. Bezirkes: Karl Singer und Rudolf Breuer je 500 K, N. Helzbauer XVII., 2020 K, Paula Winkler XVII., 10 K.

Anlässlich ihrer Ziviltrauung für die Armen Wiens: Max Wertheimer, Fabrikant, IV., 1000 K.

Josef Anton Pinc, Legationsrat 200 K.

Heinrich Naß, XIII., zugunsten der Lungenheilstätte Stein-

klamm 500 K.

Das holländische Hilfskomitee für die städtische Kinderherberge zum Ankauf von Bekleidungsgegenständen 5000 K; ferner eine größere Anzahl von Kleider- und Wäschestücken und eine Kiste Spielsachen.

Ein ungenannt sein wollender Wohltäter unter dem Decknamen „Wilhelm“ für arme Schulkinder der Volksschule für Knaben X., Quellenstraße, 130 Paar Schuhe und 4000 K zur Durchführung notwendiger Schuhreparaturen.

Zu den Geschäftstücken 1, 2, 5 und 8 der Tagesordnung liegt eine Wertmeldung vor, sie gelten daher als angenommen.

Bgm. Reumann gibt bekannt, daß über die Punkte 10 (Gaspreisfestsetzung und Vorausbezahlung) und 11 (Abänderung der Bestimmungen für den Bezug elektrischer Energie aus den städtischen Elektrizitätswerken, Vorauszahlungen) falls eine Einwendung nicht erheben wird, in einem verhandelt werde.

VB. Zimmerling ergreift sodann zu diesen Punkten das Wort und führt aus: Am 5. Mai v. J. hat der Gemeinderat den Gaspreis mit 5 K per Kubikmeter festgesetzt. Damals hatte man es wie heute den Preis der Kohle und die Personalkosten festgestellt und versucht einen diesen Produktionskosten entsprechenden Preis zu ermitteln. Die Tonne Kohle kostete damals 1.758 K 40 Hl. Die Personalkosten betragen auf 1000 Kubikmeter Gas berechnet 948 K und die sonstigen Auslagen betragen 920 K. Seit dem 5. Mai haben sich die Verhältnisse ganz bedeutend verschlechtert. Die Preise sind ins Uferlose gestiegen. Die Kohle kostet heute 4.156 K pro Tonne, die Personalkosten sind auf 2.040 K gestiegen und die übrigen Ausgaben haben die Höhe von 2.500 K erreicht. Wenn der Gaspreis bisher unverändert geblieben ist, so war dies durch den Verkauf der Nebenprodukte möglich. Im Jahre 1919 hat der Gemeinderat beschlossen, daß der Gaspreis nach den jeweiligen Kosten der Kohle und den Löhnen bestimmt werde und daß der Stadtsenat die Möglichkeit habe, für die Periode den Gaspreis festzustellen. Davon ist kein Gebrauch gemacht worden. Wäre diese Bestimmung in Anwendung gekommen, so hätte man der Bevölkerung einen weitaus höheren Gaspreis auferlegen müssen, als es bisher der Fall war. Zu den geänderten hohen Preisen und dem steigenden Personalsteuern kommen noch folgende Umstände: Wir sind mit der Kohle ans Ausland gewiesen, und es ist klar, daß ihr Preis davon abhängt, welche Zahlungskraft unsere Krone besitzt. Wir haben noch am 30. November des v. J. die Tonne mit 3.110 K bezahlt. Damals war der Stand der tschechischen Krone = 6,18 Österr. Kronen. Auf Grund dessen ergab sich für die Betriebsperiode bis 30. November noch ein Ueberschuss von 6,6 Millionen.

Seither haben sich aber die Verhältnisse bedeutend ungünstiger gestaltet. Der Preis der Tonne ist auf 4150 K gestiegen, der Wert der österreichischen Krone gefallen, während im November die tschechische Krone noch 6,18 kostete, beträgt ihr Preis im Dezember bereits 7,25. Dazu kam noch, dass die Kohlen- und Österr. Kohlenpreise um 50% erhöht wurden, die Lohnsteigerungen nachträglich im Dezember ausbezahlt werden mussten. Im Dezember haben wir 192 Millionen Kronen Einnahmen, denen 259 Millionen Kronen Ausgaben gegenüberstehen, so dass sich ein Abgang von 66,6 Millionen ergibt. Wenn wir das ganze Halbjahr 1920 rechnen, erhöht sich dieser Abgang noch auf 84 Millionen Kronen. Alle diese Erhöhungen machen auch eine Erhöhung des Gaspreises unab-

weifellos. Leider müssen wir aber noch damit rechnen, dass der Wert unserer Krone im allernächsten Zeit sich nicht bessert, dass hingegen der Wert der Mark und der tschechischen Krone steigt. Bei Deckung der 84 Millionen Abgang müsste rein rechnerisch ein Gaspreis von 3,62 Kronen per Kubikmeter erhöht werden. Die neuen Gaspreise wären also mit 8,62 zu bemessen. Da ist, in diesem möglich, einen beträchtlich niedrigeren Preis zu bestimmen, weil wir einen Teil der größeren Lasten durch Preissteigerungen der Nebenprodukte wettmachen können. Wir müssen die Kohlepreise um 60 Kronen per Tonne erhöhen, der Preis um 200 Kronen und Benzol um 170 Kronen steigern. Aus dieser Erhöhung resultieren nach den Berechnungen bis Mitte Februar 1919 Mehreinnahmen von 19 Millionen Kronen, so dass es möglich ist, den mit 8,62 Kronen berechneten Gaspreis auf 7,80 zu erniedern.

Es kann nun mit der Preisbestimmung nicht mehr solange gewartet werden, als bisher, sondern es muss dafür gesorgt werden, dass sich die Betriebe etwas rascher den geänderten Verhältnissen anpassen. Hiefür ist eine Formel gefunden worden, die besagt, dass der Gaspreis rückwirkend zu ermitteln ist und zwar für jede Aenderung des Kohlenpreises um 10 Kronen per Tonne, der Gaspreis um 1.6 Heller pro Kubikmeter und für jede Aenderung der Personal- und übrigen Kosten auf den Tag gerechnet um 10.000 Kronen, der Gaspreis um 2.6 Heller pro Kubikmeter. Die Gemeinde ist weiter nicht mehr in der Lage in dem bisherigen Ausmasse die Abgabe von Gas und elektrischem Strom kreditieren zu können, wenn man in Betracht zieht, dass ein Vielfaches an Löhnen und Kosten für Produktionskosten bezahlt werden muss. Mit den vorhandenen Betriebskapitalien konnte das Auslangen nicht mehr gefunden werden und es mussten Bankkredite bis zu einer Höhe von 180 Millionen Kronen in Anspruch genommen werden. Die Gemeinde will sich von diesen Krediten befreien und als einziges Mittel hierzu dient das, dass die Abnehmer die Mittel zur Verfügung stellen. Wenn gesagt wurde, dass die Gemeinde hierbei von der Bevölkerung zuviel verlange und dass diese nicht in der Lage sein wird, die entsprechenden Gelder aufzutringen und dann das Lichtmateriale beraubt sein wird, so geht doch die Gerechtigkeit der Forderung daraus hervor, dass die Unternehmungen für die nächsten 6 Wochen bis Mitte Feber an Kohle allein 288 Millionen Kronen und an Löhnen 177 Millionen Kronen, zusammen also 365 Millionen Kronen zu zahlen haben, die von den Konsumenten eigentlich aufgebracht werden müssten. Die Gaswerke rechnen für diesen Zeitraum mit einer Einnahme von rund 290 Millionen Kronen durch Abgabe der Nebenprodukte, so dass rund 170 Millionen Kronen aufgebracht werden müssen, um einkaufen zu können. Es muss zugegeben werden, dass es viele Haushaltungen geben wird, denen es schwer fallen wird, den gestellten Bedingungen nachkommen zu können. Es fällt aber andererseits der Gemeindeverwaltung nicht ein, dass die Konsumenten unmittelbar nach der Zahlungsaufforderung vom Bezuge von Gas- oder Strom abgeschaltet werden. Allerdings muss damit gerechnet werden, dass die Konsumenten einsehen, dass es unbillig ist, zu verlangen, dass die Gemeinde 6 Wochen kreditiert, alle Vorauszahlungen leistet, und sogar Gelder deponieren muss, ohne zu wissen, wie z. B. die Kohle gerechnet werden wird. Es wird daher vorgeschlagen, die Bestimmungen über den Gasbezug entsprechend zu ändern wobei es nicht darum zu tun ist, jene, die nicht instand sind, gleich zu zahlen, vom Bezug von Gas oder Strom abzuschalten. Die Gemeindeverwaltung wird sich bemühen, so viel Entgegenkommen zu beweisen, als sie selbst andererseits Entgegenkommen finden wird. Ähnliche Bestimmungen wie für den Bezug von Gas sind auch für den Bezug von elektrischem Strom in Vorschlag gebracht und wird vorgeschlagen

bei der Vorauszahlung ein Achtel des durchschnittlichen Jahresverbrauches im Voraus bezahlen zu lassen. Die näheren Bestimmungen über die Vorauszahlungen für Gas und Strom hat der Stadtsenat zu treffen.

Wenn es auch sehr unangenehm sein kann, Gas und Strom voraus zahlen zu müssen, so ist dies doch keine Vorauszahlung in dem Sinne, dass der Konsument 6 Wochen lang sein Geld dem Unternehmen zur Verfügung stellt, Dies trifft nur für den ersten Tag zu. Die übrigen Tage hat der Konsument ein Depot bei den Werken und am letzten Tage der Periode hat er eigentlich keine Vorauszahlung geleistet, denn er hat für das Geld Ware bekommen. Selbstverständlich ist, dass die Kauttionen in die Vorauszahlung eingerechnet werden. Die Gemeindeverwaltung ist sich dessen bewusst, dass es noch tausende Einwohner

in dieser Stadt gibt, die froh wären, wenn ihnen unter den besprochenen Bedingungen Gas oder Strom zur Verfügung gestellt werden würde. Denn alle, die Petroleum oder Kerzen benutzen müssen, haben ein Vielfaches von dem zu zahlen, was die Konsumenten der Elektrizitätswerke und Gaswerke zu zahlen haben.

GR. Doppler (christlichsozial) meint, dass der Schluss der Ausführungen des Referenten wohl dazu dienen soll, die Vorlage etwas genießbarer zu machen. Die Vorlage mutet den Konsumenten zu, Gas und Strom rückwirkend erhöht zu zahlen, was kein Kalkulieren genannt werden könne. Wenn ein solcher Antrag mutig sein soll, so kann beinhalten er ungeheuer viel Mut; soll er aber eine Tat der Verzweiflung oder des Unverständnisses sein, so sind darin auch diese Faktoren sehr gross. Man finde nimmer aus und ein und tappe von einer Dummheit zur anderen. Die Rückwirkung sei ein Raubzug auf die Taschen der Bevölkerung, die der Gemeinde ausgeliefert sind, und nicht einer öffentlichen Verwaltung würdig.

Die Rückwirkung wird im bescheidensten Haushalte 400 bis 500 K monatliche Mehrkosten verursachen, die Vorausbezahlung mindestens durchschnittlich 300 K betragen, so daß der einzelne Konsument auf einmal nahezu 1000 K zu leisten hat. Eine solche Belastung können die kleinen Haushalte, die tausende Kleingewerbetreibende und armen Heimarbeiterinnen nicht ertragen. Das ist nicht sozial, nicht moralisch, sondern unanständig und brutal. (Rufe bei den Christlichsozialen: Ausbeuterisch!) Die Sozialdemokraten agitieren in neuester Zeit mit dem Schlagwort „Preisabbau“. Sie selbst aber befolgen diese weise Lehre nicht, sondern befolgen das Prinzip der gewissenlosesten Preistreiberei. Ihre Agitation für den Preisabbau ist also nichts anderes als Komödie und bewusste Demagogie. Würden sie den Preisabbau Ernst nehmen, dann müssten sie damit im eigenen Verwaltungsboote anfangen. Zum Schlusse stellt Redner den Antrag, die Punkte 2 und 3 der Stadtsenatsvorlage zu streichen. Diese Punkte betreffen die für die folgenden Ableseperioden rückwirkend zu ermittelnden Gaspreise und die Festsetzung des auf diese Weise

ermittelten Gaspreises durch den Stadtsenat. Die Christlichsozialen werden nicht duden, daß im Dunkel des Stadtsenats solche schwerwiegende Entscheidungen getroffen werden.
GR. Rötter (chr. soz.) erklärt, dass die Hauptursache der Gaspreissteigerung in den hohen Kohlenpreisen liege, die wieder durch die Verschlechterung unserer Valuta hervorgerufen werden. Aufgabe des Gemeinderatspräsidenten wäre es, die Entente verantwortlich für eine ausreichende Kohlenbelieferung Wiens zu sorgen, weil nur auf diesem Wege die Leistung eventueller Widergutmachungskosten und gleichzeitig die Verbesserung der Valuta möglich erscheint. Der Redner wirft der Mehrheit vor, dass sie in dieser Frage nicht nur nichts tue, sondern durch die Duldung fortwährender Streiks die allgemeine Finanzlage verschlimmere. Die größte Demagogie sei es aber von der Regierung des Preisabbaus zu fordern im eigenen Wirkungs

kreise aber selbst die größten Preistreiberen vorzunehmen. Die unerhörte Forderung des letzten Jahres habe ihre Hauptquelle im Ratshause.
GR. Roth (christlichsozial) sagt, das Vorlangen der Vorauszahlung sei die Bankrotterklärung der Gemeindeverwaltung Wiens. Die Steigerung des Gaspreises bedeute auch eine 24%ige Steigerung der Mietzinse, da der Hausherr die Stiegenbeleuchtung nicht für sich, sondern für die Parteien braucht. Er stelle daher den Antrag, dass bei Berechnung des Gases für die Hausbeleuchtung eine Ermässigung erfolge und die Vorausbezahlung von den Hausbesitzern nicht eingefordert werde.
GR. Reisinger (christlichsozial) sagt, die Vorausbezahlung des Gaspreises bedeute nichts anderes als eine Zwangsanleihe ohne Zinsen. Wer aber leierte die Garantie dafür, dass die Kreditfähigkeit der Gemeinde sei nicht mehr vorhanden.

GR. Vauguin (chr. sez.) meint, daß Preissteigerungen bei Monopolunternehmungen deswegen gefährlich seien, weil sie sich in der Hauptstadt ereignen, die ein Drittel der ganzen Bevölkerung des Staates darstellt und weil alles, was hier gesteigert wird, ausstrahlend wirkt, bis in das letzte Alpen Dorf. Der Arbeiter, der Angestellte, der öffentliche Beamte, die alle haben kein anderes Mittel, als höhere Gehälter und Löhne zu fordern, wodurch natürlich wieder die Produktionskosten steigen. Die Teuerungswelle strömt vom Lande auf Wien zurück, es wird also nicht eine Sanierung der Unternehmungen erfolgen, sondern eine Erschütterung der ganzen Gemeindefinanzen herbeigeführt werden. Die letzten einhalb Jahre haben dies bewiesen. Durch die Erhöhung wird eine neue Teuerungswelle ausgelöst, ohne daß die Gemeinde ihre Finanzen in Ordnung bringen kann. Die Mehrheit hatte seinerzeit erklärt, daß die Unternehmungen kaufmännisch geführt werden müssen, wobei es natürlich notwendig sei, daß die Einnahmen erhöht werden. Wir haben davor gewarnt und angeregt, man solle vielleicht vom Staat eine Aushilfe verlangen. Damals wurde dies abgelehnt und heute stehe die Mehrheit allerdings auf keinem anderen Standpunkte.

Das bedenklichste der Verlage sei die Rückzahlung und die Vorauszahlung. Die Vorauszahlung ist ein rücksichtsloses Eventualanlehen, deswegen, weil sie eine Erpressung auf die Bevölkerung dadurch ausübt, daß ihr angedroht wird, den Konsum zu sperren, wenn sie nicht einverstanden ist. Diese Idee der Vorauszahlung ist nicht von den Direktoren der Werke, sie ist auch nicht schlecht in der Lage, in der sich die Gemeinderatsmehrheit befindet, es scheint aber, daß diese Idee nicht von hier, sondern aus den Abruzzan stammt. Statt daß nun, wie früher, hunderte von Millionen Kronen bei den Banken aufgenommen wurden, werden diese jetzt bei der Bevölkerung aufgenommen, was allerdings einfacher ist, weil das zinsfrei geschieht. Eine solche Anleihe könne man als Bolschewikenanleihe bezeichnen. Die Verlage sage auch, daß die Millionen Wechselkredite, die bei den Banken aufgenommen wurden, schon zu Ende sind. Von den 240.000 Gasabnehmern, sind sicherlich 200.000 nicht in der Lage die 1000 K, welche Nachzahlung und Vorauszahlung ausmachen, aufzubringen. Es hätte einen anderen Weg zur Sanierung gegeben, beispielsweise die Erhöhung des Konsums, weil sich dann bei gleichbleibenden Resultaten bedeutendere Ertragnisse hätten erzielen lassen. Zum Schlusse stellt Redner den Antrag, die Vorauszahlung nur auf jene Konsumenten zu beschränken, die regelmäßig einen Mehrverbrauch über das Mindestquantum von einen bzw. einhalb Kubikmeter täglich haben.

GR. Erdinger (deutschnational) bemerkt, daß die Mehrheit seinerzeit seine Anregung, ein langfristiges Auslanddarlehen

aufzunehmen, verworfen habe. Gerade das wäre der einzige Weg gewesen, die fortwährenden Preiserhöhungen zu vermeiden. Heute sei der Kredit der Kommune derart erschüttert, daß sie nicht einmal mehr einen Wechselkredit bei den Banken bekomme. Das sei ein Zeichen, daß die Gemeinde unmittelbar vor dem Zusammenbruche stehe. Redner beantragt, die Rückwirkung der Gasabrechnung zu streichen und die Vorauszahlungen zu unterlassen.

GR. Untermüller (chr. sez.): Ich möchte einige Dinge hinsichtlich der Angestellten im städtischen Elektrizitätswerke zur Sprache bringen. GR. Speiser hat vor kurzem anlässlich eines Referates erklärt, man müsse daran gehen, einen Personalabbau vorzunehmen. Im Personalbüro und in der Strenverrechnung herrsche jedoch Personalangel. Nach dem Gesetze ist der Achtstundentag festgelegt und die Ausdehnung der Arbeitszeit auf höchstens 10 Stunden zulässig und dies auch nur an 30 Tagen im Jahre. Im Elektrizitätswerke wird jedoch seit Monaten 11 Stunden gearbeitet. Es wurde von uns in der Personalkommission der städtischen Unternehmungen auf diesen Uebelstand hingewiesen und StR. Speiser erklärte, daß die Ueberstunden freiwillig gemacht werden. Tatsächlich gibt es aber eine Verweigerung der Ueberstunden nicht. Auch nur die Freigabe eines Nachmittags ist ungemein schwierig zu erreichen. Der Arzt müsse bestätigen, daß der Betreffende physisch nicht mehr in der Lage ist, die Ueberstunden zu leisten und selbst dann, bleiben solche Gesuche ert unerledigt liegen. Wenn Sie das zulassen, haben Sie wohl das Recht verwirkt, sich sozial zu nehmen. Sie haben sich ja als die einzigen Verfechter des Achtstundentages aufgespielt, Sie aberbeuten die Angestellten in der unerhörtesten Weise aus. Ich erwarte zuversichtlich, daß seitens des Herrn VBzabzweigsmeisters dieser Uebelstand abgestellt werde, denn wenn Personalangel besteht, so behebe man ihn.

Vize-Bürgermeister Emmerling sagt in seinem Schlusswort, daß weniger der Gaspreis beanständet wurde, mehr die Rückzahlung und die Vorauszahlung. Er weist darauf hin, daß dies heute eine im Geschäftsleben übliche Erscheinung geworden ist, und wenn die Gemeindeverwaltung versucht, sich den bestehenden Verhältnissen im Geschäftsleben anzupassen, so wird das Bankrottspolitik genannt. Als anderer Weg wurde ein langfristiges Darlehen vorgeschlagen, was allerdings die Stadt Wien am ehesten und leichtesten tun könnte, wenn ja auch gearbeitet wird. Wie schwer es wird, in diesem Staate, der eigentlich keiner ist, zu arbeiten, gehe auch daraus hervor, daß die Blätter heute gemeldet haben, daß der Staat vor dem Zusammenbruche stehe. Die Lage des Staates hat auch ihre Rückwirkung auf die größte Gemeinde dieses Staates. Wenn uns gesagt wird, daß wir nur Worte aber keine Taten gesetzt hätten, so möge der

Hinweis darauf, daß dem Wiener Bürgerium die Tage von München und Budapest erspart bleiben, allein genug sprechen. (Bravo-Rufe bei den Sozialdemokraten). Es wurde ja auch als Aufgabe der früheren Regierung bezeichnet, Kühle zu besorgen. Am 13. Oktober haben die städtischen Werke Kühle für 90 Tage. Von diesem Tage an aber hat die tschechische Regierung nurmehr 60% geliefert (Rufe bei den Christlichsozialen). Es sind ja ihre Gelassenheit). Wien wird seit dieser Zeit so schlecht mit Kühle beliefert, daß die geplanten Erleichterungen im Gasbezüge nicht durchgeführt werden konnten. Der Handelsminister hat sich dann zunächst zu der befreundeten ungarischen Regierung begibt. Es wurde mitgeteilt, daß er bei seinen Verhandlungen

einen gewissen Erfolg erzielt habe und daß ein Handelsvertrag zustande gekommen sei. Der Erfolg war jedoch Wien aus seinem eigenen Werk in Ungarn noch weniger Kühle bekam und dass die Lebensmittel ausbleiben. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Hoch Heini!) Der Erfolg der Reise des Handelsministers nach Prag war kein solcher, daß er befriedigend genannt werden könnte. Heute sind die Einkäufe noch schlechter und mit deutscher Kühle können nur die Elektrizitätswerke geholt werden. Die Ruhrkühle könnte allerdings verwendet werden, doch ist dies nicht die Sache unseres Staates, sondern Sache des Steier und Sache der k.k. österreichischen Regierung, die der Krieg angezettel hat.

Es handelt sich doch nicht darum, eine Vorauszahlung zu leisten, die einen Kredit darstellt, sondern dieser Vorschuss wird durch den täglichen Konsum stets verringert bis am Schluss der Ableseperiode die Rechnung ganz beglichen ist. Man kann also nicht von einer Zwangsanleihe sprechen, sondern von einer Vorauszahlung, die am letzten Tage des sechswöchigen Zeitabschnittes die Rechnung tatsächlich ausbleicht. GR. Vaugoin habe die Aufnahme einer Defizitanleihe vorgeschlagen. Er vergisst, daß seine Behauptungen über Zwang und Belastung unseres Konsums nur richtig wären, wenn alle Menschen in Wien Abnehmer von Gas und elektrischen Strom sein würden. Das ist aber durchaus nicht der Fall, vielmehr gilt der Konsument von Gas und elektrischen Strom als ein Mensch, der eine Bevorzugung genießt. Falsch sei es auch die Vorauszahlung als eine ganz besondere Verschuldung der Gemeinde hinzustellen. Wir haben aus der Zeit der christlichsozialen Herrschaft Vorauszahlungen übernommen, die in die vielen Millionen Kronen gehen, nur hießen sie damals anders, nämlich: Kationen. Wie hinfällig übrigens die gegen die Methode der Vorauszahlung vorgebrachten Argumente sind, geht schon daraus hervor, daß bei der Straßenbahn dieses System seit vielen Jahren besteht. Die Straßenbahn gibt seit jeher Monats-, Halbjahres-, und Jahreskarten heraus, die vorausbezahlt werden müssen, ebenso wurde bei der Einführung der Vorverkaufsscheine von christlichsozialer Seite kein Einspruch erhoben. Wenn von der Ökonomie der Wechselkredite gesprochen wird, so müsse daran erinnert werden, daß gerade der vormalige Bürgermeister Dr. Weiskirchner die ersten derartigen Kredite aufgenommen hat. Der Vorschlag des GR. Vaugoin, dem Gaswerk durch Erhöhung des Konsums Mehreinnahmen zuzuführen, ist sicherlich beachtenswert. Daran hätten wir wohl großes Interesse. Allein es ist uns nicht möglich mehr zu produzieren, weil wir nicht die nötigen Kohlenmengen von Auslande erhalten. Im Gegenteil, seitdem die Regierung Mayr am Ruder ist, sind die Kohlenlaufkäufe geringer wie früher. Zum Schlusse erklärt der Referent, daß er die Anregung des GR. Untermüller wegen Überprüfung der Arbeitszeit im Elektrizitätswerke erst dem zuständigen Ausschusse zur Kenntnis bringen werde. Er bitte die Anträge anzunehmen. Bei der Abstimmung werden die Anträge des Referenten unverändert angenommen, ein Antrag des G.R. Reth wegen der Hausbeleuchtung dem Ausschusse zugewiesen.

Weiters werden nach einem Referate des Vicebgm. Emmerling die erhöhten Tarife auf den Kraftstellwagen zur Nachtzeit beschlossen. Nun gelangt StR. Siegel (Sez.-Dem.) zu seinem Referate. Derselbe gibt eingangs seiner Rede folgende Erklärung ab: Da ich beim Parteitag, bitte ich den Herrn Bürgermeister, mir zu gestatten, daß ich mit wenigen Worten auch auf die Angelegen-

heit des Herrn Kollegen Karasek zurückkomme, die in 2 Gemeinderatssitzungen gestreift wurde. Ich habe ursprünglich angenommen, daß Kollege Karasek den Herrn GR. Kunschak über die Frage der Sanitätsautos informiert hat. In diesem Zusammenhange habe ich ^{die} Bemerkungen über den Herrn GR. Karasek gemacht. Dabei habe ich gesagt, dass er seit Dezember 1918 ohne irgend einer Stelle davon Mitteilung gemacht haben, seinen Dienst als städtischer Angestellter geschwänzt hat. Ich will loyal erklären, dass der Ausdruck „schwänzen“ einen prävezierenden Beigeschmack haben kann, den ich ihm nicht geben wollte. Ferner, dass die Erhebungen ergeben haben, dass Herr Karasek den Dienst erst seit August 1919 nicht gemacht hat, somit meine erste Annahme irrtümlich war. Bei diesen Erhebungen hat Herr Karasek ~~am Ende~~ endlich angegeben, dass er die Erlaubnis zum Fernbleiben vom Dienste von einem inzwischen verstorbenen Vergesetzten erhalten habe. Mit der Erteilung dieser Erlaubnis würde dieser Beamte allerdings seinen Wirkungskreis überschritten haben. Ich musste annehmen, dass sich der Herr Kollege Karasek dieses Umstandes bewusst sei. Herr Karasek hat auch angegeben, dass es in dieser Sache ein Gesuch überreicht habe. Dieses Gesuch ist aber nirgends vermindlich. Es ist also dem Kollegen Karasek in seiner Sache der gute Glaube zuzubilligen, den ich auch selbstverständlich für mich in Anspruch nehme. Der Herr Bürgermeister hat aus denselben Gründen verfügt, dass die in dieser Angelegenheit eingeleitete Untersuchung eingestellt werde. Ich bitte davon Kenntnis zu nehmen.

Über Antrag des GR. Siegel wird sodann ein Zuschusskredit von 137.000 Kronen für die Anschaffung einer Krause Egalisierdrebank und einer Shapingmaschine für den Betrieb der städtischen Heizwerkstätte/ genehmigt.

Nach einem Antrage des GR. Er. Tandler (Sez.-Dem.) wird die Erhöhung der Gemeindefürsorge zu den Verpflegskosten in der Heilanstalt Alland zum Beschlusse erhoben.

STR. Kekrida (Sez.-Dem.) berichtet über den Verkauf von Alt-eisen im Gewichte von rund 200.000 kg; der gestellte Antrag wird angenommen.

STR. Kekrida berichtet über die Fortführung des Betriebes der Kulanlage in der Grassmarkthalle durch das ganze Verwaltungsjahr und beantragt, ~~die~~ Deckung der Mehrauslagen einen Zuschusskredit von 831.000 Kronen zu genehmigen. Der Antrag wird angenommen.

Über Antrag des STR. Kekrida wird die Vereinbarung der Gemeinde mit Gustav Thavenst betreffend den sogenannten Gemüseanbauvertrag vom Jahre 1918 aufgelöst.

GR. David (Sez.-Dem.) referiert über die Abänderung des Bestandsvertrages mit der Firma Warcholewski, Eisler & Co., nach der,

diese für die Verpachtung eines zwischen der Seeböckgasse und Wilhelminenstrasse liegenden Teiles der Nausegasse nunmehr statt 5200 21400 Kronen jährlichen Bestandzins zu zahlen hat.

GR. Speiser (Sez.-Dem.) referiert über den Antrag auf Bewilligung eines einmaligen Betrages von 250.000 Kronen für Zuwendungen an städtische Heimkehrer.

GR. Bummelhardt (Christl.-sez.) wünscht Aufklärung über den Aufteilungsschlüssel und ersucht die geplante Kreditanstalt und bittet

für die der Gemeinderat 5 Millionen Kronen bewilligte möglichst bald errichtet werde.

Er stellt den Antrag, Kriegsinvaliden Heimkehrern sowie deren Witwen und Waisen, die sich zeitlebens in Wien aufgehalten haben, deren Eltern aber hier nicht die Zuständigkeit besitzen, bei Ansuchen um Zuerkennung des Heimatrechtes besondere Berücksichtigung angedeihen zu lassen und bei Bemessung der Steuern in humanster Weise vorzugehen. Die Kriegsinvaliden mögen auch bei Zuweisung von Wohnungen und bei Beteiligung mit Strassenbahnfreikarten berücksichtigt werden. Weiters beantragt der Redner, es mögen die Invaliden Vertragsangestellten der Gemeinde Wien definitive Verhältnis übernehmen werden. Den Frauen der in Kriegsgefangenschaft befindlichen Männer mögen nicht, wenn sie einen geringen Verdienst, wie z.B. als Bedienerinnen, haben, der Unterhaltsbeitrag entzogen werden. Bei Neuanstellungen mögen in erster Linie Kriegsinvaliden Heimkehrer, Kriegerwitwen und Waisen Berücksichtigung finden. Auf die Kriegswitwen und Waisen schein man überhaupt in vielen Belangen vergessen zu haben. Denn während den männlichen Angestellten. Wenn ein Kind leben eine Zulage zugebilligt werde, so erhalten die Kriegerwitwen, die auch für Kinder sorgen müssen, die Kinderzulage nicht. Redner möchte die Gelegenheit benützen, um an die Staatsregierung den Appell zu richten, auch den Kriegerwitwen die Kinderzulage zuzubilligen.

In seinem Schlussworte erklärt STR. Speiser, dass die Gemeinde alles tun werde, um den Invaliden, Heimkehrern, Witwen und Waisen nach Kriegsteilnehmern, die ja so arm aus dem Kriege gekommen sind, die sie in den Krieg angehen sind, was in ihren Kräften steht. Der schliesse er den Wunsch an, dass auch die Bundesregierung auf dem Gebiete der Invalidenfürsorge alles was in ihren Kräften steht, leistet.

Bei der Abstimmung wird der Referentenantrag angenommen, die Anträge betreffend Pragmatisierung der vertragswässig angestellten Invaliden und betreffend der Heimkehrer der geschäftserdungsmässig Behandlung zugewiesen.

Post 6 wird, da keine Vertmeldung erfolgt ist, vom Bürgermeister als angenommen erklärt.

sondern auch die hohen Preise von Hafer und Heu, Lohnpreise und sonstige Spesen veranlassen den Untergang dieses Gewerbes. Da durch den Untergang eines jeden Gewerbes nicht nur die Gemeinde sondern auch der Staat leidet, wird gefragt, ob der Bürgermeister nicht geneigt sei, die Lizenzgebühren der Fiaker um 3 K und die der Einspänner um 2 K pro Monat zu erniedrigen.

Vorsitzender: Ich stehe dem Inhalte dieser Anfrage mit volles Sympathie gegenüber, da ich sehr wohl die schwerbedrängte Lage des Fuhrwerkes kenne. Ich werde diese Anfrage als Antrag behandeln und ~~diese~~ dem Magistrate zur schleunigsten Berichterstattung zuweisen.

Gemeinderat Kodicek verweist in einer Interpellation darauf, daß er bereits vor drei Monaten an den Bürgermeister eine Anfrage gestellt habe, was er zu tun gedanke, damit das für Oesterreich bestehende Verbot des Getreideterminhandels auch an der Budapester Fruchtboerse zur Durchführung gebracht und dadurch die enorme Schädigung des Wiener Marktes beseitigt werde. Nach verlässlichen Nachrichten aus Budapest dränge die ungarische Regierung nunmehr darauf, daß die im Ausgleichsgesetze vereinbarte Reform des Getreideterminhandels endlich durchgeführt werde. Es sollen alle Auswüchse sowie wildes Spiel verhindert werden und das legitime Getreidegeschäft (handelsrechtliche Lieferungsgeschäft) neu entstehen. Nach einer solche Reform die ~~in~~ den Terminhandel in Getreide zu einem unentbehrlichen Faktor für alle beteiligten Kreise erheben würde, besteht die erhöhte Gefahr, daß ~~das~~ noch der ~~letzte~~ letzte Rest aller Abschlüsse in Getreide nach Budapest dem dortigen Markte zukommen würden und der Handel und die Industrie in Oesterreich besonders der Getreidehandel in Wien der vollständigen Vernichtung preisgegeben wäre. Er stelle daher die Anfrage: Welche Schritte gedenkt der Herr Bürgermeister zu unternehmen, um die enorme Gefahr, von welcher der Wiener Getreidehandel bedroht ist, zu beseitigen?

Der Bürgermeister erwidert: Der Wiener Gemeinderat hat wiederholt von der Regierung verlangt, bei der königlich ungarischen Regierung auf die sofortige Aufhebung des Getreideterminhandels gemäß der im Ausgleich übernommenen Verpflichtung zu dringen. Ich kann aus eigener Erfahrung bestätigen wie oft die österreichische Regierung diesbezüglich bei der ungarischen Regierung vorstellig geworden ist. Ich bin der Meinung, daß die Frage ^{des} „Handelsrechtlichen Lieferungsgeschäftes“ noch einmal im Gemeinderate zur Debatte gestellt werde und ich werde gewiß das meinige dazu tun, obwohl auch mein ehemaliger Kollege Kodicek wissen muß, daß sich die Aktion des Gemeinderates auf ^{Resolutionen} und Petitionen beschränken muß.

GR. Ignaz Fischer stellt folgende Anfrage: Ist der Herr Bürgermeister geneigt, zu verfügen, daß die seit 25 Jahren bestandenen Haltestellen in der Kaiser Josefstraße wieder hergestellt werden und daß die Bedarfshaltestelle nur in einer Richtung aufrecht bleibt?

GR. Schwarz-Hiller stellt folgende Interpellation: Die Verwaltung der städtischen Strassenbahnen, welche die Leopoldstadt ohnedies recht stiefmütterlich behandelt, hat in der letzten Zeit wieder eine arge Verschlechterung des Verkehrs, beziehungsweise Schädigung des Publikums dadurch herbeigeführt, dass in der Kaiser Josefstrasse zwischen Taborstrasse und Praterstrasse alle Haltestellen aufgelassen und nur eine Bedarfshaltestelle eingerichtet wurde. Diese durch nichts begründete Massregel hat begreiflicherweise in den Kreisen der dort wohnhaften Bevölkerung mit Recht grossen Unwillen hervorgerufen. Ich richte daher an den ~~ganz~~ den Bürgermeister die Anfrage: 1) ob er geneigt ist, den von mir gerügten Uebelstand abstellen zu lassen und 2. ob er nicht veranlassen will, dass die Verwaltung der städtischen Strassenbahnen bei Verfügung derartiger Massregeln in erster Linie auf die Interessen des Publikums Rücksicht nimmt.

Vorsitzender: Wie die Herren Interpellanten zugeben werden, bestehen bezüglich der Haltestellen der Strassenbahnen zwei kollidierende Interessengruppen. Die eine, die so rasch als möglich weiter fahren wollen, wollen keine Haltestelle, die andere, die eben aussteigen wollen, möchten womöglich bei jedem Haus eine Haltestelle. Ich werde über diese Interpellationen mit dem Strassenbahndirektor reden und mich überzeugen, ob und wie weit es möglich ist, den Wünschen der Interpellanten gerecht zu werden.

GR. Dr. Klotzberg stellt folgende Anfrage: Der ständige Ausschuss der agrarischen Zentralstelle hielt vor einigen Tagen eine Sitzung ab, in welcher der Reichsritter von Hohenblum referierte und eine Protestkundgebung gegen jedes weitere Zugeständnis an die Balkanstaaten bezüglich Einfuhr von lebendem Vieh oder bezüglich der Erweiterung des demselben vertragmäßig zugestandenen Fleischeinfuhrkontingentes beantragte. Diese Protestkundgebung wurde zum Beschlusse erhoben und der Delegierte der ungarischen Agrarier Graf Theodor Zichy erklärte, daß sich diese Beschlüsse vollkommen decken mit der Resolution der ungarischen Agrarier; das Zusammengehen der österreichischen und ungarischen Agrarier sei hiedurch zur Tatsache geworden. Also ein ⁱ enig Volk von Brüder „cis und trans“ ohne Unterschied des Standes, der Nationalität und Konfession 2 ½ Millip=
nenstadt Wien, sowie die übrigen großen Städte rest,
Prag u.s.w. sind diesem „Einig Volk von

Nach einem Referat des STR. Speiser wird der mit dem Handels- und Transportarbeiterverband vereinbarte Entwurf, die Schneediens- entlohnung bei den städtischen Strassenbahnen für die Periode 1920/21 anzunehmen.

Die von STR. Speiser beantragten Schwundgelder für die Kassiere der städtischen Leichnambestattung werden genehmigt.

GRin. Amalia Seidel (Soz.-Dem.) berichtet über den Antrag auf Gewährung von Subventionen verschiedenen Vereinen im Gesamtausmass von 2,783.950 Kronen und bemerkt: Wir bedauern, dass wir viele Organisationen nicht in wirklich ausreichendem Masse bedenken können, aber die schlechte Finanzlage der Gemeinde zwingt uns hauptsächlich nur den leistungsfähigen Vereinen Unterstützungen zu geben. Früher einmal wurden Vereine subventioniert, die unter dem Protektorat hehrer Persönlichkeiten standen, das waren in der Regel Organisationen, die praktisch nichts geleistet haben und nichts leisten konnten, und wir meinen, dass es überflüssig ist, solche kleine Vereinen zu subventionieren. Andere Organisationen bedenken wir nicht mehr aus prinzipiellen Gründen. Wir geben Vereinen nichts mehr, die sich mit Unterricht auf konfessioneller Grundlage beschäftigen, denn wir meinen unser Bezirksschulrat teilt diese Auffassung, dass für die allgemeine Volkbildung die städtischen Volks- und Bürgerschulen sorgen. Eltern, die ihre Kinder in konfessionellen Schulen geben, müssen sich den Unterricht selbst bezahlen. Wir sind auch gegen die Subventionierung nationaler Organisationen, beispielsweise der Südmarch, denn die Republik Oesterreich stellt heute einen nationalen Einheitsstaat dar, und da ist eine spezielle nationale Schutzarbeit, die bei manchen Vereinen vielfach mit politischer Propaganda verquickt war, unsere Erachtens nicht notwendig. Wir subventionieren auch nicht Organisationen, die Bildungsbestrebungen ganz bestimmter Richtung verfolgen, wie beispielsweise die Volkslesehalle. Dagegen sind auch jene Vereine nicht ausgenommen, die der sozialdemokratischen Partei nahe stehen. Die Gemeinde ist nicht dazu da, ihre Mittel für die Verbreitung von Ansichten und Anschauungen dieser oder jener Art zur Verfügung zu stellen. Von Fürsorgevereinen werden nur jene mit Subventionen bedacht, die dem Verband für freiwillige Jugendfürsorge angehören. Denn wir treten für die Zentralisierung des gesamten Fürsorgewesens ein und halten eine Zersplitterung für schädlich.

Es ist auch nicht möglich, die Tätigkeit jedes einzelnen Fürsorgevereines richtig einzuschätzen und darnach zu beurteilen, welcher einer Subvention wirklich würdig ist oder nicht. Aus diesem Grunde haben wir auch die Subvention für den Caritasverband gestrichen, weil dieser Verein aus dem Fürsorgeverband ausgestreitet ist. Hingegen haben wir an den vergebundenen Verhältnissen nichts geändert, und der Caritas jene Räumlichkeiten, die ihr die Gemeinde zur Verfügung stellte, müssen, darunter auch ein grosses Haus in der Kaiserstrasse. Unter den Vereinen, die nicht zur Subventionie-

rung vorgeschlagen wurden, befindet sich der Verein „Kinderschutz- sationen“. Ein alter Vertrag verpflichtet die Gemeinde zur Deckung des jeweiligen Jahresdefizites. Seit Juli 1920 haben wir den Verein in Form von Lebensmitteln und Bargeld beiläufig 833.000 K gegeben. Angesichts dieser Vertragsverhältnisse ist eine spezielle Subventionierung unseres Erachtens überflüssig. In grossen und gressex hielten wir an dem Grundsatz, dass nur Organisationen zu unterstützen, die auf neutralem Boden stehen und für die Bevölkerung wirklich das denkbar nützlichste und beste leisten. Bei der Subventionierung der Volksoper mit 500.000 Kronen machen wir Einschränkung, dass dieser Betrag erst dann zur Auszahlung gelangt wenn die jetzigen ungeklärten Verhältnisse bei diesem Institut geregelt sind. Die Referentin bittet um Annahme der Anträge.

GR. Dr. Metzke (chr. soz.) bemängelt in längerer Ausführung die Verlage und erklärt, dass die christlichen Fürsorgevereine fast ganz der Subventionen durch die Gemeinde entbehren.

Von den in der Verlage enthaltenen Vereinen sind nur ein Fünftel christliche Vereine, die eine Subvention bekommen, während ein Viertel kein Geld Heller Subvention bekommt. Rednerin kritisiert, dass die Verteilungsvereine, die katholischen Fürsorgeorganisationen, die katholischen Schulinstitutionen, die katholischen Bildungsvereine nicht mit einer Subvention bedacht werden. Rednerin betont, dass durch das Referat der Kulturkampf in die Fürsorgetätigkeit hineingetragen werde. Am Schlusse ihrer Ausführungen beantragt Rednerin dem Caritasverband eine Subvention von 550.000 K zuzuwenden und erklärt, dass, wenn dieser Antrag abgelehnt wird, ein schlagender Beweis geliefert werde, dass die Verlage nicht eine Sache der Forderung sei, sondern, dass in die Fürsorge Parteihader und Klassenkampf hineingetragen werden solle. Die christlichen Vereine werden auf diesem Wege nicht folgen und möge sich die jetzige Mehrheit ein Schanddenkmal setzen.

GR. Paulitschke (chr. soz.) sagt, dass das Referat in keiner Weise befriedige und nur parteipolitische Rücksichten kenne. Der Betrag von über 2 Millionen Kronen, der ausgesetzt ist, wurde rühmend hervorgehoben, ist aber keineswegs mit Rücksicht auf die herrschenden Verhältnisse, etwas besonderes. Wir müssen uns dagegen verhalten, dass den christlichen Organisationen die Subvention von dem Verband zugemessen wird, weil dieser Verband auf die Zertrümmerung dieser christlichen Fürsorgeinstitute hinarbeitet. Der Redner beschwert sich dann darüber, dass zahlreiche Vereine die auf durchaus neutralem Boden stehen, wie beispielsweise der Verein für hauswirtschaftliche Bildung, die Volkslesehalle von der Unterstützung ausgeschlossen werden, einzeln und allein deswegen, weil sie auf dem Boden christlicher Weltanschauung stehen. Auch

die Ausschaltung der Privatschulen sei ungerecht, denn sie die- den je zur Entlastung des öffentlichen Schulunterrichtes. Dassel- be sei von den Waisenhäusern, von Vereinen, die mit freiwilliger Armenpflege sich betätigen, zu sagen, denn sie alle wirken im öffentlichen Interesse und bedeuten für die Gemeinde Wien eine wesentliche Entlastung. Redner stellt schliesslich einzelne Anträge wegen Berücksichtigung einzelner Vereine.

GR. Max Winter (Soz. Dem.) erwidert in ausführlicher Weise auf die Rede der GRin. Dr. Metzke und sagt auf die Bemerkung, dass er während seiner Tätigkeit als Vizebürgermeister dem Verein „Kinderfreunde“ Geld gegeben habe, dass er nicht verantworten könne, dass er unter seiner vollen Verantwortung als Vizebürgermeister immer so das Geld gegeben hat, in welchem Sinne es ihm von dem Spender gegeben wurde. Wer das Gegenteil behauptet spricht eine Lüge und macht sich einer Verleumdung schuldig und er sei nicht gesonnen, sich eine solche gefallen zu lassen. Korrekte Fälle könne niemand verbringen und allgemeine Behauptungen seien Lüge. Dass die gegenwärtige Mehrheit dem Caritasverband keine Subvention gebe, sondern nur dem Verband für freiwillige Jugendfürsorge, das hat sich der Caritasverband selbst eingebracht. Er ist ohne sichtbaren Grund aus dem Verbandsausgetreten. Die von dem Verbands in einem Schreiben angeführten Gründe haben sich als das der Verein einem Verbands unter dem Ehrenvorsitz des Bürgermeisters Reumann und unter der sachlichen Leitung des Vizebürgermeisters Winter nicht angehören könne. Das war ein böcker Sprengungsversuch der Fürsorge, unternommen, weil der Caritasverband nach dem Umsturz nicht mehr kommandieren konnte. Der Caritasverband hat sich das Recht verwirkt, von Unparteilichkeit zu reden. Wenn er weiter damit dreht, dass er auch sozialdemokratische Kinder aufnimmt und unterstützt

Rufe bei den Sozialdemokraten: Wer weiss ob's wahr ist?
GR. Winter: Ja es ist leider wahr, weil das Proletariat noch nicht seine Pflicht erkannt hat und weil es noch geknebelt ist vom Kapitalismus, dessen Schergen auf den Banken da drüben sitzen und dessen Kinder in die Abhängigkeit des Klerikalismus gebracht werden soll. Das ist der eigentliche Grund warum die Persönlichkeiten des Bürgermeisters und meine wie unangenehm ist, weil man in der Mannsicht der Kinderfreunde zu vertreten hat, der dafür sorgen will, dass das Proletariat sich seiner bewusst wird.

GR. Kunschak (chr. soz.): Bis auf Winter ist das Proletariat geknebelt.

GR. Winter (Soz. Dem.): Sind Sie froh GR. Kunschak, dass das Proletariat nicht auf Sie gekommen ist. Das Proletariat wird sich seinen Platz selbst aussuchen. Wenn Sie (zu GR. Kunschak) in der Geschichte ihres eigenen Lebens zurückblicken und wenn Sie sehen, dass Sie nur ein paar arme irreführte Menschen an Ihre Partei geknebelt haben, dann werden Sie einsehen, dass Ihr Bemühen die breiten Massen zu Ihrer Gefolgschaft aufzurufen, nicht von Erfolg begleitet ist.

Für uns als Mehrheit des Gemeinderates steht die Sache anders, wir wollen nicht das tun, was Frau Gemeinderat Metzke gesagt hat, wir wollen nicht den Kampf in die Jugendfürsorge hineintragen, wir wollen aber auf der anderen Seite auch ein Instrument in der freiwilligen Jugendfürsorge haben, auf das wir uns verlassen können, damit die geringen Mittel, welche die Gemeinde für solche Zwecke auszugeben in der Lage ist, gerecht verteilt werden. Sie haben den Mut, hier von Unrecht zu reden, die Sie während der 25 Jahre ihrer Herrschaft nicht einen Heller übrig gehabt haben für sozialdemokratische Jugendorganisationen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit)

GR. Vaugein (christlichsoz.) führt aus, dass GR. Winter die Gelder, die er während seiner Vize-Bürgermeisterschaft erhalten habe, nicht als einfacher Max Winter-, sondern eben als Funktionär des Gemeinderates bekommen habe, und als solcher verpflichtet gewesen wäre, dem Gemeinderate über die Verteilung dieser Gelder zu berichten. Dem Caritasverband gegenüber sei ein Wertbruch begangen worden, indem ihm an Stelle von Strassenbahnkarten für die Fürsorgerrinnen eine Subvention vom damaligen Referenten Weigl ausdrücklich verbürgt werden sei, die er nun nicht erhalte. Der Redner tritt dann in längeren Ausführungen für die Subventionierung der nationalen Schutzvereine ein, welche die jetzige Mehrheit ablehnen. Er beantragt den deutschen Schutzvereinen Südmark und Ostmark je 6000 K Subvention zu bewilligen.

GR. Prehaska (deutschnational) beantragt, dem evangelischen Schulverein und der Südmark entsprechende Subventionen zu bewilligen.

Frau GR. Wieloch (chr. soz.) tritt für eine höhere Subventionierung der Vereine ein, die sich der studierenden Jugend annehmen, da sonst das Studium zu einem Monopol der Reichen gemacht werde.

GR. Machot (Tscheche) befürwortet die Subventionierung des Vereines „ tschechisches Herz “.

Nach einem eingehenden Schlussworte der Referentin Frau GR. Seidel werden ihre Anträge unverändert angenommen und die öffentliche Sitzung geschlossen.

hat hier in öffentlicher Sitzung die Sache zur Sprache
gebracht, es melde sich keine einziger Kontraredner. Ich
habe seitdem meinen Anteil meinen beiden erwachsenen
übertragen, da mir kein ~~AM~~^{Amt} als Vizebürgermeister zur
tätigkeit in dem Geschäfte keine Zeit läßt. Dass eine Ent-
scheidung der Presse, welche seit dem Jahre 1901 gelten, im Jahre
eingetreten ist, wird jeder begreiflich finden, welcher
weiss, dass in der grafischen Industrie in der Zwischenzeit
die Löhne gestiegen sind, die Arbeitszeit verkürzt und
Papier teurer wurde. Ebenso unrichtig ist es, dass ich
der Firma Heinrich Hierhammer und Heinrich Geitner ~~AM~~
noch beteiligt bin. Ich bin im Jahre 1903 aus dem Ge-
schäfte ausgetreten und habe nur die Konzession dem d
unbekannten Kompanion Geitner gemacht, dass er bis zu
Jahre 1913 den Namen Hierhammer, welcher als der Name
einer alten Buchdrucker- und Steindrucker Dynastie wohl
bekannt ist, in der Firma führt. Am 3. Juni l.J. erli
dieses Recht und ich erkläre hier mit meinem Wort, dass
in den letzten 10 Jahren gar kein Anteil an der Firma
Gr. Moißl hat auch die Hasenjagd am Zentralfriedhof e
Die Hasen, welche auf dem Friedhofe sehr viel Schaden
Blumen und Kränzen anrichteten, werden alle Jahre vor
Aller Heiligen abgeschossen und zwar geschieht dies
Weise, dass eine Treiberkette von den tiefgelegenen
des Friedhofes angefangen, den Friedhof durchstreift,
ganz oben, wo gar keine Gräber mehr sind, werden die
abgeschossen. Das Sanitätsreferent MR. Koniakovsky ist
einmal zu einer solchen Hasenjagd ein und ich leistete
Hasenjagd Folge. Die abgeschossenen Hasen wurden jedes
2 Kronen das Stück angeboten und ich kaufte davon 5
um 10 Kronen und schenkte sie einigen meiner Arbeiter
~~AM~~ Das ist das Verbrechen, das ich begangen habe. Ich
kein Spieler, kein Wetter, kein Trinker, ich habe gar
Sport, auch nicht den, fortwährend herumzuechnäffeln
Leute zu verdächtigen, also lassen sie mir doch wenig
er das Jagdvergnügen. Ueber die Nasswaldaffäre will ich
sprechen. Es wurden gegen mich diesbezüglich Anwürfe
aber das eingesetzte Ehrengericht ließ mir ~~AM~~ Gerech
widerfahren, es konnte mir nichts nachgewiesen werden
mit meiner Stellung nicht vereinbart ist. Es ist also s

13 berichtet über die Auf-
nahme der gewerkschaftlichen Ju-
renierungen der hiesig.
Platzhütervereine im
Jahre 1903 mit
10. Februar 1903 mit
den gewerkschaftlichen Ju-
renierungen der hiesig.
Platzhütervereine im
Jahre 1-11 und 20 be-
trifft, mit Rücksicht
auf die gewerkschaftlichen
und die bedeutende
Rolle der Gewerkschaft als
wichtigster Kraft
(Aug.)

13 berichtet über die Ein-
führung der Disziplin
im Jahre 1912. Die Gesamt-
summe für die 9635 K.

13 berichtet über die Ein-
führung der Disziplin
im Jahre 1912 und die
Anträge. (Aug.)

13 berichtet über die Ein-
führung der Disziplin
im Jahre 1912. Die Kosten
betragen 70695 K. (Aug.)

13 berichtet über die Ein-
führung der Disziplin
im Jahre 1912. Die Kosten
betragen 6300 K.

13 berichtet über die Ein-
führung der Disziplin
im Jahre 1912.

Einleitung von Disziplin
für gewerkschaftliche Verhältnisse
für das Jahr 1912.

Dr. H. Reussner erklärt,
dass seine Partei Klärung
gegen die hiesigen Disziplin-
vereine, sondern im Gegenteil
wünscht, dass gewerkschaftliche
Verhältnisse sichergestellt
werden. Die Disziplin-
vereine sind für die
Gewerkschaften von großer
Bedeutung, da sie die
Einigung der Gewerkschaften
herbeiführen und die
Einigung der Gewerkschaften
herbeiführen. Die Disziplin-
vereine sind für die
Gewerkschaften von großer
Bedeutung, da sie die
Einigung der Gewerkschaften
herbeiführen und die
Einigung der Gewerkschaften
herbeiführen.

Dr. R. Kerschke berichtet
über den Verlauf der Disziplin
im Jahre 1912.

Reussner. Das heißt die
Einigung der Gewerkschaften
herbeiführen und die
Einigung der Gewerkschaften
herbeiführen. Die Disziplin-
vereine sind für die
Gewerkschaften von großer
Bedeutung, da sie die
Einigung der Gewerkschaften
herbeiführen und die
Einigung der Gewerkschaften
herbeiführen.

Referent Dr. H. Reussner
berichtet über die Disziplin-
vereine im Jahre 1912.
Die Disziplin-vereine sind
für die Gewerkschaften von
großer Bedeutung, da sie die
Einigung der Gewerkschaften
herbeiführen und die
Einigung der Gewerkschaften
herbeiführen.

Departements dort, wo es
Ereignisse nicht erhalten hat
an die Direktion der Schulen
vermittelt, dass aber nicht die
sachliche, sondern nur die per-
sönliche Angaben der Schule
bekannt seien. Dadurch sei
aber die Differenz entstanden, er
wäre es nicht aber angeht sein
lassen, die selben Angaben richtig
zu stellen.

Der Disziplin-Vertrag

die Disziplin-Verträge